



Amt der Tiroler Landesregierung

Verfassungsdienst

An das  
Bundesministerium  
für Finanzen  
Ballhausplatz 2  
1014 Wien

Dr. Reinhard Biechl  
Telefon: 0512/508-2208  
Telefax: 0512/508-2205  
e-mail: verfassungsdienst@tirol.gv.at  
DVR 0059463

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 u.a.  
geändert werden;  
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gehaltsgesetz 1956 geändert wird;  
Stellungnahme**

Geschäftszahl Präs.II-1127/219  
Innsbruck, 15.04.1999

Zu den GZ 920.196/2-VII/A/6/99 vom 19. März 1999 und 95001/0010-VI/2/1999 vom  
1. April 1999

Zum übersandten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz  
1979 u.a. geändert werden, wird folgende Stellungnahme abgegeben:

Zu Art. I:

Zu den Z. 5 und 6:

Da im § 35 Abs. 1 BDG 1979 eine Verordnungsermächtigung nicht mehr vorgesehen ist, müsste  
im § 35 Abs. 2 erster Satz leg.cit. entsprechend Bedacht darauf genommen werden.

Zu Art. VII:

Zu Z. 4:

Die im zweiten Satz des § 38 der Reisegebührenvorschrift 1955 vorgesehene Mitteilungspflicht  
wird mit Entschiedenheit abgelehnt. Bei einem allein im Bereich der Schulen geschätzten Auf-  
kommen von ca. 20.000 Reiserechnungen pro Jahr scheint eine solche Verpflichtung nicht ver-  
tretbar und praxisfremd. Dies umso mehr, als die in den Reiserechnungen angesprochenen Be-  
träge angesichts der Kompliziertheit der in der Reisegebührenvorschrift 1955 getroffenen Re-  
gelungen einerseits und der mangelnden Vertrautheit der Anspruchsberechtigten mit komplexen  
Tarifsystemen (z.B. Reisekostenvergütung nach Maßgabe der billigsten öffentlichen Verkehrsmit-  
tel) größtenteils nicht mit den nach der Reisegebührenvorschrift 1955 zustehenden Gebühren  
übereinstimmen. Davon abgesehen scheint es einem Beamten durchaus zumutbar, anhand von

- 2 -

Kontoauszügen zu überprüfen, ob die angesprochenen Beträge tatsächlich zuerkannt worden sind.

Gegen den übersandten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gehaltsgesetz 1956 geändert wird, bestehen keine Bedenken.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem der Parlamentsdirektion zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Dr. Arnold  
Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen

gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der Niederöstr. Landesregierung, Wien

an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien

an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausf.

an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. Arnold

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

*Mayer*